

# **Berichte an den Landesparteitag**

am 10. und 11. November 2018 in Trier

## **Bericht des Landesvorstandes an den Parteitag in Trier**

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben im Februar 2018 unseren letzten Landesparteitag veranstaltet und dort einen mit großer Zustimmung diskutierten Bericht des Landesvorstandes zum Zustand unserer Partei und unseren politischen Absichten und organisatorischen Planungen vorgelegt. Diesen Bericht findet ihr hier: [https://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2018/2018-02-17\\_LPT\\_montabaur/2018-02-17\\_berichte\\_lpt\\_montabaur.pdf](https://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2018/2018-02-17_LPT_montabaur/2018-02-17_berichte_lpt_montabaur.pdf).

Weil wir nichts davon halten, alten Wein in neuen Schläuchen zu präsentieren, wollen wir uns in diesem Bericht auf die wesentlichen Aspekte konzentrieren, die die Arbeit des Landesvorstandes und der Landespartei in den vergangenen neun Monaten geprägt haben. Die schon im Februar benannten Schwerpunkte unserer Arbeit – Parteientwicklung und Kommunalwahlen 2019 – behalten unverändert Gültigkeit.

Der Landesvorstand hat sich regelmäßig monatlich und darüber hinaus in zahlreichen anlassbedingten Telefonkonferenzen über jeweils aktuelle politische und organisatorische Fragen verständigt. Die Zusammenarbeit war gut, trotz der im Februar notwendigen Nachwahl zweier Mitglieder des Landesvorstandes war der Landesvorstand immer voll handlungsfähig, die neugewählten Mitglieder des Landesvorstandes (Stellv. Landesvorsitzender und Beisitzer) konnten schnell in das Gremium integriert werden und die Arbeit aufnehmen.

Aus der Vorstandsarbeit haben sich zahlreiche Pressemitteilungen ergeben. Schwerpunkt der Themen war die Positionierung des Landesverbandes zu aktuellen landespolitischen Themen (u.a. Soziales und Arbeit, Wohnen, Landes- und Kommunalfinanzen, Kindertagesstätten, Öffentlicher Nahverkehr). Die Arbeit gegen Rechts, die Sommertour und die Umsetzung der Bundeskampagne zu Pflege und Mieten haben breiten Raum eingenommen und führen bis heute dazu, dass wir zahlreiche neue Mitglieder begrüßen konnten, die sich um diese und andere Themen kümmern.

### **Auf dem Weg zu einer starken LINKEN vor Ort und in Europa**

Der Landesvorstand folgt weiterhin der Einsicht, dass unser politischer Einfluss nur dann wachsen wird, wenn wir uns in die gesellschaftliche Diskussion einmischen, wahrnehmbar sind und das Gespräch und die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Gruppen suchen, die mit uns mehr oder weniger große politische Schnittmengen haben. Deshalb haben wir regelmäßig zu Vorstandssitzungen Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften und anderer Gruppen und Initiativen eingeladen. Gleichzeitig haben wir unsererseits den Meinungs austausch mit anderen Organisationen verstärkt und gehören zunehmend zu denen, deren politische Aktivitäten in der Arbeitnehmer\*innenschaft, vielen Berufs- und Interessenverbänden, den Kirchen und ihnen nahestehenden Organisationen, aber auch vielen Gruppen der Friedensbewegung, der Arbeit mit Geflüchteten und der antifaschistischen Bewegungen wahrgenommen wird.

Natürlich war einer der wichtigsten Schwerpunkte der vergangenen Monate die Vorbereitung der Kommunalwahlen, die Sicherung ihrer Finanzierung und die Erarbeitung unserer Kommunalpolitischen Eckpunkte. Letztere haben wir bei zwei sehr gut besuchten Regionalkonferenzen breit diskutiert – und wir werden am Ende dieses Parteitages ein Papier beschlossen haben, mit dem wir den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern ein inhaltlich gewichtiges und sprachlich vermittelbares Angebot machen: Ein Angebot für sozialere, ökologischere und demokratischere Städte, Gemeinden und Landkreise. Das ist uns in dieser Form erstmals gelungen und die bis zum heutigen Tage starke Beteiligung an der Diskussion ist ein ermutigendes Signal für uns als Partei und für die Menschen in unserem Land: DIE LINKE wird sich einmischen, wir machen konkrete Vorschläge und nutzen die Möglichkeiten, unsere Kommunen lebenswerter und zukunftsfähiger zu gestalten. Der Landesvorstand dankt deshalb allen, die mit ihren Ideen und ihrem Einsatz mitgewirkt haben, diese Eckpunkte zu erarbeiten.

Neben dieser inhaltlichen Debatte hat sich der Landesvorstand mit der Finanzierung des Kommunalwahlkampfes befasst. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landesverbandes sind wir in der Lage, einen nennenswerten Zuschuss der Landespartei für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen. Das ist besonders deshalb wichtig, weil die finanziellen Möglichkeiten der Gebietsverbände sehr unterschiedlich sind. Durch die Konsolidierung der Landesfinanzen und die Steigerung der Mitgliedsbeiträge auf mehr als 150.000 Euro im Jahr sind die meisten Kreisverbände in der Lage einen soliden Kommunal- und Europawahlkampf zu führen. Die finanziellen Aufgaben sind weitgehend erledigt, der nächste Landesvorstand kann sich deshalb auf die Ausgestaltung und Umsetzung unserer Wahlkampfplanung konzentrieren. Wir gehen deshalb und wegen der vielerorts überzeugenden Arbeit unserer Fraktionen und Mandatsträger\*innen davon aus, dass unsere Partei 2019 mehr Mandate erringen wird als vor fünf Jahren.

### **Finanzielle Konsolidierung schafft Spielräume für politische Arbeit und Unterstützung**

Die Steigerung unserer Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen nutzt den Kreis- und Stadtverbänden, sie kommt aber auch der Landeskasse zu Gute. Unser Dank gilt deswegen allen, die ihre Mitgliedsbeiträge erhöht und natürlich denen, die dies immer wieder angeregt haben. In Verbindung mit der Tilgung unserer Schulden gegenüber dem Parteivorstand versetzen uns diese stabilen Finanzen mittlerweile in die Lage, unsere politischen Vorstellungen wahrnehmbarer zu machen. Genannt seien hier vor allem die finanzielle Unterstützung bei den Aktionen zum Frauentag der Kreisverbände, die Erstellung der Klickstory zur „Neuen Rechten“, die Ausrichtung von Konferenzen für inhaltliche Debatten, das Angebot an Schulungsmaßnahmen und die (Mit-)Finanzierung von Großveranstaltungen wie der Sommertour des Landesverbandes mit Beteiligung unserer Bundestags- und Europaparlamentsabgeordneten. All dies und viele weitere Fortschritte wären ohne die Neuverteilung der Beitragsanteile zwischen Kreisen und Land, die Anstrengungen zur Erhöhung der Beiträge und die erfolgreichen Verhandlungen mit der Bundespartei über den bundesweiten Länderfinanzausgleich nicht möglich gewesen - es ist uns sogar gelungen, den Umzug der Landesgeschäftsstelle und die Umstellung der Homepage ohne Zuzahlungen der Kreisverbände zu stemmen. Und last but not least konnten wir wie geplant im Haushalt die Mittel bereitstellen, die für Landesarbeitsgemeinschaften, den Jugendverband und frauenpolitische Aktivitäten vorgesehen waren.

Der Landesvorstand legt Wert darauf, dass die finanziell bessere Ausgangsposition allen Akteuren im Landesverband zu Gute kommt und dies auch für die Kreisverbände spürbar ist. Ziel für die Zukunft muss es sein, Rücklagen für den anstehenden Landtagswahlkampf 2021 zu bilden und stark unterfinanzierte Kreisverbände besser zu unterstützen.

### **Geschlossen und entschlossen**

Aus vielen Kreisverbänden, Nachbarlandesverbänden und von gesellschaftlichen Akteuren wird wahrgenommen, dass der Landesverband nach Außen geschlossen auftritt und nicht mehr mit innerparteilichen Auseinandersetzungen für Schlagzeilen sorgt. An dieser verbesserten Außendarstellung haben viele Genossinnen und Genossen ihren Anteil – wir glauben jedoch auch, dass die Amtsführung des Landesvorstandes diese positive Entwicklung bestmöglich unterstützt hat. Wir haben uns bemüht, inhaltliche Debatten zu organisieren, haben bei Differenzen den Interessensausgleich gesucht und bei Konflikten tragfähige Kompromisse angeregt. Das war und ist ein richtiger Ansatz und wir hoffen, dass sich diese Kultur weiter in der Partei durchsetzt: DIE LINKE muss gegenüber dem politischen Gegner entschlossen und streitbar sein und bleiben – der politische Gegner befindet sich aber außerhalb der eigenen Partei!

### **Partei im Wandel**

Unser Landesverband wächst und verjüngt sich, die Zahl der Parteiaustritte hat sich merklich verringert. Insbesondere Peter Weinand und Melanie Wery-Sims arbeiten an diesem Thema und sie haben Abläufe organisiert, die die Mitgliederbetreuung effizient gemacht und verbessert haben. Mit

Begrüßungspaketen, der Nachfrage, ob die Mitglieder ihren Weg in die Partei gefunden haben und dem mittlerweile 3. Landesweiten Neumitgliedertreffen machen wir Neumitgliedern Angebote, die den Einstieg in die politische Arbeit und unsere Parteiorganisation erleichtern. Wir möchten neue Genossinnen und Genossen in die Arbeit einbinden und haben deshalb eine viel engmaschigere Betreuung der Mitglieder auf Landesebene realisiert.

Wir sind überzeugt, dass die Gremienparteien alter Schule sich wandeln müssen, auch DIE LINKE, auch unser Landesverband. Wir brauchen viele Schultern, die Verantwortung tragen – diese müssen jedoch auch für die jeweiligen Aufgaben befähigt werden – das ist kein Selbstläufer! Künftig werden wir deshalb sowohl themen- und organisationsbezogene Schulungen, als auch die innerparteiliche Debatte um Inhalte ausbauen. Welche Instrumente dabei nützlich sind, welche Erfahrungen aus der Vergangenheit berücksichtigt werden sollten, werden wir breit diskutieren. Mit Bezug auf die Rede von Jan Korte bei unserem letzten Parteitag in Montabaur glauben wir, dass eine offene und pluralistische Partei am ehesten Erfolg verspricht im Kampf um soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie und ein friedliches Zusammenleben. Dabei müssen wir sowohl eigene Schwächen analysieren und wo möglich abstellen und uns gleichzeitig nicht zuletzt wegen unserer begrenzten Ressourcen auf zentrale Anliegen beschränken.

Die Verteidigung sozialer und demokratischer Rechte ist ein solches zentrales Anliegen, nicht erst seit der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft und der Verschiebung der gesellschaftlichen Debatten nach Rechts. In Zeiten des gesellschaftlichen Roll-Backs brauchen wir, brauchen die Menschen, eine starke LINKE. Wir haben deswegen gerade in den letzten Monaten daran gearbeitet, unsere Parteiorganisation zu stärken und unsere politische Schlagkraft zu erhöhen. Wir hoffen, dass der nächste Landesvorstand diesen Weg weitergeht und wünschen den Genossinnen und Genossen viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Mainz, im Oktober 2018

Landesvorstand  
DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

# **Bericht des Landesschatzmeisters an den Landesparteitag in Trier**

Liebe Delegierte des Landesparteitages,  
Liebe Genossinnen und Genossen,

wie viele von euch bereits wissen, werde ich nicht mehr als Landesschatzmeister kandidieren. Ich habe mich privat in ein anderes Bundesland verändert und lege aus diesem Grunde zum letzten Mal vor dem Landesparteitag einen Finanzbericht vor. Vorab möchte ich mich bei euch für das Vertrauen über die Jahre hinweg und die Unterstützung bedanken. Ich hoffe, ich konnte meinen Anteil zur Sanierung des Landesverbandes leisten und möchte vor allem den Landesvorsitzenden und der Landesgeschäftsstelle meine Anerkennung für deren Beistand bei der finanziellen Neuausrichtung des Landesverbandes aussprechen. Zu guter Letzt möchte ich euch für meine Nachfolge Peter Weinand ans Herz legen, mit dem ich im Rahmen der Arbeit in der LGS schon lange zusammen arbeite und dem ich zutraue den Bereich Finanzen mit einem zukunftsgerichteten Blick weiter zu führen.

## **Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben**

Die Einnahmen des Landesverbandes haben sich in den vergangenen zwei Jahren positiv entwickelt. Die Anstrengungen rund um die Eigenfinanzierung durch Beiträge und Spenden auf Landes- und Kreisebene hat Früchte getragen. Mit einer Steigerung um +15% der Mitgliedsbeiträge im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr konnten wir unsere Handlungsfähigkeit im politischen Bereich weiter ausbauen. Wir gehen nach heutigem Stand davon aus, dass wir Ende 2018 das erste Mal die Grenze von 150.000 Euro auf Landesebene an Mitgliedsbeiträgen überschreiten werden.

Im Bereich der Ausgaben ist ebenfalls eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Mittlerweile geben wir deutlich mehr Gelder im Bereich der allgemeinen politischen Arbeit aus und haben es geschafft, die Kosten für den Geschäftsbetrieb trotz Neuanschaffungen im Rahmen des Umzuges stabil zu halten.

## **Zuschüsse**

Auch die Zuschüsse an die Kreisverbände fließen wie vereinbart wieder kontinuierlich, sodass wir derzeit Quartalsweise im Voraus die Gelder auszahlen und damit auch die Kreisverbände auf Basis der Beitragsanteile finanziell handlungsfähig ausstatten. Im gesamten Jahr 2017 wurden rd. 63.000 Euro an die Kreisverbände ausgeschüttet.

Auch die Zuschüsse an den Jugendverband und den Parteivorstand werden pünktlich und in vereinbarter Höhe abgeführt.

## **Schuldenstand**

Von dem ehemals gewährten Darlehen des Parteivorstandes in Höhe von 50.000 Euro sind mit Abschluss des Wirtschaftsjahres 2017 lediglich 5.000 Euro offen. Diese sind mit Beschluss des Bundesfinanzrates im Oktober dieses Jahres gestrichen worden, sodass das Darlehen des Landesverbandes an den Parteivorstand als getilgt angesehen werden kann und wir hier keine Verbindlichkeiten mehr haben. Dies ist ein absoluter Erfolg, da die Schritte zur Tilgung für uns alle nicht immer einfach waren und die Ziele an Einnahmen waren hoch gesteckt. Nun müssen wir auch hier am Ball bleiben, um weiterhin unsere Selbstfinanzierung zu stärken und Eigenständigkeit zu behalten.

Eine Übersicht der vergangenen beiden Finanzjahre findet ihr auf der folgenden Seite.

Mit solidarischen Grüßen

Sebastian Knopf  
DIE LINKE. Rheinland-Pfalz  
Landesschatzmeister

Finanzübersicht 2016 und 2017  
DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz

I. Einnahmen		Landesverband 2016	Landesverband 2017
<b>1</b>	<b>Mitgliedsbeiträge inkl. EL</b>	<b>122.978,20 €</b>	<b>141.780,38 €</b>
	Mitgliedsbeiträge	117.739,70 €	136.249,38 €
	Mitgliedsbeiträge EL	5.238,50 €	5.531,00 €
<b>2</b>	<b>Mandatsträgerbeiträge</b>	<b>610,00 €</b>	<b>695,00 €</b>
<b>3</b>	<b>Spenden</b>	<b>1.879,28 €</b>	<b>2.591,50 €</b>
<b>5-7</b>	<b>Einn. Untern., Verm., Druck.</b>	<b>105,00 €</b>	<b>0,00 €</b>
	<b>Einnahmen aus sonstigem Vermögen</b>		<b>0,14 €</b>
	<b>Einn. Veranstaltungen und sonst. Tätigk.</b>		<b>620,36 €</b>
<b>8</b>	<b>Staatliche Mittel</b>	<b>29.985,00 €</b>	<b>29.985,00 €</b>
<b>9</b>	<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>7.625,23 €</b>	<b>5.879,02 €</b>
<b>10</b>	<b>Zuschüsse von Gliederungen</b>	<b>370.745,16 €</b>	<b>126.220,38 €</b>
<b>11</b>	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>533.927,87 €</b>	<b>307.771,78 €</b>

II. Ausgaben		Landesverband 2016	Landesverband 2017
<b>1</b>	<b>Personalausgaben</b>	<b>53.001,35 €</b>	<b>39.203,66 €</b>
<b>2</b>	<b>Sachausgaben</b>		
<b>2a</b>	<b>laufender Geschäftsbetrieb</b>	<b>33.882,99 €</b>	<b>34.370,02 €</b>
	Aufwendungen Geschäftsbetrieb	12.352,63 €	8.290,25 €
	Aufwendung f Kommunikation	1.885,89 €	2.008,79 €
	Innere Verwaltung	18.942,72 €	17.061,89 €
	Anschaffung inventarisierungspfl.	21,99 €	6.004,88 €
	Reparaturen; Instandsetzungen	9,90 €	275,28 €
	Versicherungen, Steuern, Abgaben	669,86 €	728,93 €
<b>2b</b>	<b>allgemeine politische Arbeit</b>	<b>34.914,86 €</b>	<b>40.833,70 €</b>
	Parteitage und DeleKonferenzen	9.776,16 €	8.221,83 €
	Tagungen, Sitzungen	3.849,29 €	6.771,14 €
	Lehrgänge, Workshops	1.415,06 €	4.007,42 €
	Konferenzen, Kongresse	211,40 €	600,00 €
	Parteiliteratur, Infomaterial	0,00 €	27,11 €
	Aufwendungen intern. Bez.		44,40 €
	Öffentlichkeitsarbeit (kein WK)	3.788,48 €	5.718,97 €
	Veranstaltungen (kein WK)	3.052,06 €	1.623,23 €
	Internet	3.116,27 €	6.804,15 €
	Beiträge pol. Mitgliedschaften	0,00 €	177,00 €
	Unterstützung Jugendverband	9.706,14 €	6.838,45 €
<b>2c</b>	<b>Ausgaben für Wahlkämpfe</b>	<b>207.706,02 €</b>	<b>21.294,44 €</b>
<b>2d-f</b>	<b>Verm., Zinsen, Sonst. Ausgaben</b>	<b>244,76 €</b>	<b>113,39 €</b>
<b>3</b>	<b>Zuschüsse an Gliederungen</b>	<b>133.097,09 €</b>	<b>169.434,20 €</b>
	Zuschüsse an PV	88.946,79 €	106.920,65 €
	Zuschüsse an Kven	44.150,30 €	62.513,55 €
<b>4</b>	<b>Gesamtausgaben</b>	<b>462.847,07 €</b>	<b>305.249,41 €</b>

	<b>Überschuss (+) oder Defizit (-)</b>	<b>71.080,80 €</b>	<b>2.522,37 €</b>
--	----------------------------------------	--------------------	-------------------

## **Bericht der Landesfinanzrevisionskommission an den Landesparteitag in Trier**

Die Finanzrevision hat die Kassenführung des Landesvorstandes RLP für folgende Zeiträume geprüft:

01.01. - 31.12.2016

01.01. - 31.12.2017

01.01. - 30.06.2018

Der Landesschatzmeister bzw. die Landesgeschäftsstelle haben alle dafür erforderlichen Unterlagen vorgelegt. Die Protokolle der insgesamt 4 Prüfungstermine wurden dem Landesvorstand zugeleitet; die lückenlose Abarbeitung von darin aufgeführten Beanstandungen / Mängeln wurde am jeweiligen Folgetermin überprüft.

Der Vorgang Umzug Landesgeschäftsstelle wurde insgesamt geprüft, insbesondere die eigentlichen Umzugskosten, die Mietvertragsregelungen, die abgeschlossenen Nutzungsverträge sowie die dafür erforderlichen Beschlüsse.

Die LFRK hat den Entwurf des Rechenschaftsberichtes 2017 für den Landesverband zur Kenntnis genommen, das Ergebnis der Überprüfung durch den Wirtschaftsprüfer lag noch nicht vor. Der Landesverband hat den Kredit der Bundespartei per 31.12.2017 lt. Rechenschaftsbericht auf nun noch 5.180€ zurückgeführt.

Der Landesverband arbeitet auf Grundlage einer gültigen Landesfinanzordnung sowie einer Reisekostenordnung. Die Finanzrevision hat Einsicht in die Kontovollmachten genommen und die Einhaltung des 4-Augen-Prinzips bei Geldanweisungen überprüft.

Besonderen Wert hat die LFRK auf die Verbesserung der Abläufe in der LGS gelegt (Rechnungsdurchlauf, personelle Trennung von Rechnungsprüfung und Zahlungsanweisung, Dokumentation schriftlicher Zahlungsfreigaben, Minimierung von Vorschusszahlungen usw.). Die Abläufe wurden im September 2018 nochmals mit positivem Ergebnis überprüft.

Darüber hinaus hat die LFRK die Kassen von vier Kreisverbänden auf Antrag der jeweiligen Kreisschatzmeister bzw. -vorstände geprüft. Die Prüfprotokolle sind den betreffenden Kreisvorständen zugegangen.

Auf Grundlage der durchgeführten Prüfungen sowie der Nachprüfung der beanstandeten Punkte beantragt die Finanzrevision die Entlastung des Landesvorstandes.

Mainz, den 27.09.2018

Für die Landesfinanzrevision

Heidi Kaul

Stefan Hemschemeier

## **Bericht von Katrin Werner Mitglied des Bundestages**

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit dem letzten Parteitag ist im Land und im Bundestag viel passiert. Über einiges möchte ich euch hier berichten. In Trier haben wir das Karl-Marx-Jahr begangen. Mit verschiedenen Veranstaltungen, Infoständen und vielen Besucher\*innen hat DIE LINKE sowohl in der Stadt, als auch bundesweit das Jubiläum gefeiert und viel Zuspruch erhalten. Wir haben gezeigt, dass Marx mehr ist, als ein etwas wunderlicher Philosoph aus einer vergangenen Zeit. Er ist ein Gesellschaftskritiker, der bis heute Aktualität besitzt. Das hat für viel Sichtbarkeit der Partei gesorgt und an diesen Erfolg können wir in Zukunft ganz sicher anknüpfen.

Auch mit anderen Themen, die bundesweit relevant sind, waren wir in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz unterwegs. Mit Infoständen und Abendveranstaltungen haben wir das Thema Pflegenotstand während meiner Sommertour ins Land getragen. Viele Menschen sind betroffen, sei es als Pflegekräfte, als Patient\*innen oder als pflegende Familienmitglieder. Wir LINKEN setzen uns für einen Mindestlohn von 14,50€ und einen flächendeckenden Tarifvertrag in der Pflege ein. Wir wollen, dass Pflegeberufe die Anerkennung erfahren, die sie verdienen und wir wollen, dass endlich in allen Bereichen der Pflege mehr Stellen geschaffen werden. Für diese Forderungen und unseren Einsatz haben wir viel Rückenwind von Bürger\*innen im Land erhalten.

Landesweit brauchen wir dringend mehr bezahlbaren Wohnraum. Auch mittlere Einkommen reichen in den Ballungsräumen kaum noch zum Leben. Wir LINKEN setzen uns für deutlich mehr sozialen Wohnraum ein. Es kann nicht sein, dass Menschen aus den Städten verdrängt werden.

Als Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement der Bundestagsfraktion, sind mir die Menschen, die sich freiwillig für die Gesellschaft engagieren, besonders wichtig. Auch hier bleibt viel zu tun, sowohl im Land als auch im Bund. Freiwilligendienste müssen zugänglicher werden, gerade für Menschen mit Behinderungen, mit geringem Einkommen und mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Wir wollen die Anerkennung für Freiwilligendienste verbessern und fordern Verbesserungen der pädagogischen Begleitung sowie des Bildungsprogramms.

Einen Pflichtdienst lehnen wir als LINKE ab. Das wäre ein enormer Einschnitt in das Selbstbestimmungsrecht der Jugendlichen. Gerade die Freiwilligkeit ist wichtig für den Lern- und Orientierungscharakter der Dienste. Mit einem Pflichtdienst wächst außerdem die Gefahr, dass junge Menschen ausgenutzt werden, um den Personalmangel beispielsweise in der Pflege auszugleichen. Das kann nicht sein. Wir LINKEN wollen die Arbeitsmarktneutralität stärker kontrollieren. Das heißt: Freiwillige dürfen keine regulären Stellen ersetzen. Sie können nicht die Arbeit ausgebildeter Fachkräfte übernehmen. Pflichtdienste widersprechen all dem. Zu diesem Thema haben wir in den vergangenen Monaten mehrere Kleine Anfragen an die Bundesregierung gestellt und somit Öffentlichkeit geschaffen. Da bleiben wir weiter dran.

Auch in der Familienpolitik auf Bundesebene, hat sich in den vergangenen Monaten einiges getan. Leider nicht unbedingt zum Besseren für viele Familien. Die Bundesregierung hat ein sogenanntes Familienentlastungsgesetz vorgelegt, das vor allem Familien mit höheren Einkommen entlastet. Familien in Hartz-IV-Bezug haben keine Verbesserungen dadurch zu erwarten. Das kann nicht sein. Familien- und Kinderarmut muss endlich entschlossen bekämpft werden. Dazu brauchen wir gute Arbeit für alle und ein Ende von Hartz-IV.

Im März dieses Jahres haben wir uns dafür eingesetzt, dass das Kindeswohl bei Trennungen der Eltern stärkere Berücksichtigung findet. Wir haben einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der sich gegen eine Festschreibung des sogenannten Wechselmodells als Regelfall bei der Kinderbetreuung wendet. Jedes Kind ist anders und deswegen kann es kein allgemeingültiges Modell für alle geben. Wir wollen stattdessen, dass jeder Fall einzeln geprüft wird und wir wollen die Interessen der Kinder in Gerichtsverfahren stärker berücksichtigen. Dazu braucht es u.a. bessere Schulungen von Richter\*innen und Jugendämtern sowie bessere Unterstützung für die Familien. Auch da bleiben wir dran.

Außerdem ging es in der Familienpolitik um einen diskriminierungsfreien Zugang zu Kinderwunschbehandlungen für alle Frauen, unabhängig von sexueller Orientierung, Beziehungsstatus oder Geldbeutel. Medizinische Kinderwunschbehandlungen müssen wieder von den gesetzlichen Krankenkassen in vollem Umfang übernommen werden.

Ebenso standen die Regenbogenfamilien auf unserer Agenda. Das sind Familien, in denen mindestens ein Elternteil lesbisch, schwul, trans\* oder inter\* ist. Mit der Ehe für alle hat sich zwar viel getan, doch längst ist nicht alles gut. Es gibt weiter viele Diskriminierungen im geltenden Recht. Das wollen wir ändern, deswegen haben wir mit einer Kleinen Anfrage der Regierung auf die Finger geschaut und Öffentlichkeit für die Belange von Regenbogenfamilien geschaffen.

Auch die Senior\*innenpolitik, für die ich ebenfalls Sprecherin der Fraktion bin, kam nicht zu kurz. Wir haben damit begonnen, die seniorenpolitischen Leitlinien der Bundestagsfraktion zu überarbeiten und zu aktualisieren. Außerdem haben wir auch hier eine Kleine Anfrage zum Thema Einsamkeit im Alter an die Regierung gestellt. Das Ergebnis war nicht überraschend. Die Bundesregierung hat kein Gesamtkonzept, für den Kampf gegen Einsamkeit. Viel mehr noch: Armut schweigt sie als eine der wichtigsten Ursachen von Einsamkeit tot. Das kann nicht sein! Wir brauchen endlich ein Programm gegen Einsamkeit. Dazu zählt der Kampf gegen Armut, die Barrierefreiheit der Kommunen und öffentliche Begegnungszentren, in denen sich Leute treffen und kennenlernen können.

DIE LINKE muss sich den Herausforderungen durch die AfD auf allen Ebenen stellen. Da rechte Strukturen auf allen Ebenen innerhalb und außerhalb von Parlamenten auftreten, ist ein wacher Blick auf ihre Netzwerke und Akteure wichtig. Ich habe eine Recherche zu den Zusammenhängen zwischen Identitärer Bewegung und AfD in Trier betrieben. Ich empfehle allen Kreisverbänden, rechte Netzwerke im Auge zu behalten. Die rechten Netzwerke sind eine große Gefahr. Wir müssen uns ihnen in den Weg stellen, ihre Arbeit offenlegen und alles tun, um uns dem Rechtsruck entgegen zu stellen.

Wir gehen auf die Kommunal- und Europawahlen zu. 2019 wollen wir landesweit in kommunale Parlamente einziehen. Wir wollen bestehende Fraktionen vergrößern, um die Kommunen im Land zu stärken und sozialer zu gestalten. Ich wünsche uns allen viel Kraft für den Wahlkampf und viel Erfolg für die Wahlen.

*Kathrin Penner*